

**Axel Vogel**

## **Rede zur 2. Lesung des Haushaltsentwurfs 2010 , 05.05.2010**

- Es gilt das gesprochene Wort ! -

Herr Präsident,  
meine sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den USA heißt der der Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses „House Committee on Ways and Means“; zu deutsch in etwa: „Ausschuss für Wege und Mittel“.

Und genau darum geht es in der Haushaltspolitik: Wege und Mittel zu finden, um politische Zielvorstellungen Wirklichkeit werden zu lassen. Nicht alles in der Politik kostet Geld, wir Bündnisgrünen können haufenweise Projekte aufzählen, deren Unterlassung EU, Bund oder dem Land nicht nur Geld gespart, sondern zugleich auch einen besseren Entwicklungspfad für unser Land bedeutet hätte. Aber in einer Vielzahl von Fällen kostet Politik eben Geld, sei es zur Herstellung von Chancengerechtigkeit in Schule und Beruf, zur sozialen Grundsicherung, zur Schaffung einer nachhaltig nutzbaren Infrastruktur, aber auch zur Bekämpfung der akuten Menschheitsprobleme Klimawandel und dem Verlust der Biologischen Vielfalt. Dazu dienen die Einnahmen eines Landes.

Als Brandenburger und Brandenburgerinnen sind wir dabei in einem beträchtlichen Ausmaß Kostgänger der EU, des Bundes und der Geberländer im Länderfinanzausgleich. Nicht einmal die Hälfte unserer Ausgaben decken wir durch unser Steueraufkommen. Bei einem Haushaltsvolumen in Höhe von 10,5 Mrd € sind dies weniger als 5 Mrd €; 650 Mio € will die Regierung in diesem Jahr an neuen Schulden aufnehmen und die Nettokreditaufnahme in den Folgejahren nur schrittweise verringern. Von einer Tilgung der in den letzten Jahren aufgelaufenen 18 Mrd € Verschuldung ist dabei nicht einmal ansatzweise die Rede.

Aber das griechische Beispiel zeigt: Wer seinen Haushalt nicht beizeiten in Ordnung bringt, der läuft Gefahr mehr oder weniger hilflos mit ansehen zu müssen, wie übergeordnete Mächte mit der Brechstange die Haushaltssanierung erzwingen.

Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet für uns Bündnisgrüne, dass die benötigten öffentlichen Güter eines Jahres auch mit den Einnahmen eines Jahres abgedeckt werden. Nachhaltige Haushaltspolitik richtet sich für uns dabei nicht an der neoliberalen Leitidee eines superschlanken Staates aus, der einseitig Arbeitseinkommen und den LetztverbraucherInnen über die Umsatzsteuer belastet und zugleich Unternehmen und Vermögen von Steuern weitgehend freizustellen versucht. Finanztransaktionssteuer und Vermögensabgaben sind für uns ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Finanzen im Bund und vielleicht auch in den Ländern. Hierin unterscheiden wir uns von den anderen Oppositionsparteien.

Aber ich sage auch unzweideutig: Verglichen mit ähnlich strukturierten Bundesländern wie SLH ist unser Haushalt dank der Solidarpaktmittel und des Länderfinanzausgleichs um 2 Mrd. € zu hoch und egal wie hoch eventuelle Steuermehreinnahmen durch Steuerrechtsänderungen auch ausfallen werden, unser Haushaltsvolumen muss in den nächsten Jahren deutlich sinken.

Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet, dass der Weg in den Schuldenstaat versperrt werden muss. Deswegen unterstützen wir auch ausdrücklich die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse.

Wir wissen: Die Aufgabe, öffentliche Haushalte zukünftig grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen, stellt die Länder vor gewaltige Herausforderungen. Ein Blick auf den jahrzehntelangen Schuldenanstieg verdeutlicht, dass die Schuldenbremse einen tief greifenden politischen Kulturwandel einleitet, der der Gesellschaft und der Politik viel abverlangt.

Am Anfang jeder nachhaltigen Haushaltspolitik steht daher die Frage, welchen Staat wir wollen, welche Aufgaben der Staat in welcher Qualität und Tiefe übernehmen soll und wie das alles finanziert werden kann. Kunst der Haushaltspolitik ist es, dies alles in Einklang zu bringen.

In diesem Sinne ist der Landesregierung mit dem vorliegenden Haushalt kein großes Kunstwerk gelungen.

Die Höhe der Nettokreditaufnahme 2010 und in den Folgejahren lässt nur eine Botschaft erkennen: Wir gehen konsequent weiter unseren Weg in den Schuldenstaat. Spätere Regierungen werden es schon richten.

Aber auch Höhe und Verteilung der Ausgaben im vorliegenden Haushaltsentwurf lassen nur eine Deutung zu: Wir machen im Grundsatz weiter wie bisher, Einspar- und Umverteilungspotential besteht nicht, an die Besitzstände in den einzelnen Ministerien gehen wir nicht ran und die im Koalitionsvertrag zwar nur rudimentär vorhandenen aber ab und an doch auffindbaren neuen politischen Zielsetzungen wie beispielsweise die dringend notwendigen Verbesserungen im Bildungssystem schieben wir auf die lange Bank.

Herr Präsident,  
meine Damen und Herren!

Dieser Haushalt zeigt nicht einmal die Wege und Mittel zur Erreichung der wenigen politischen Ziele auf, dies sich SPD und Linker in der Koalitionsvereinbarung selbst gesetzt haben. Er findet keine Antwort auf den Bildungsnotstand, er läßt nicht erkennen, dass die Koalition die Lösung des Menschheitsproblems Klimawandel und die Schaffung einer sozial gerechten und ressourcenschonenden, kurz nachhaltigen Wirtschaft wirklich verinnerlicht hat. Er dokumentiert die Ratlosigkeit einer Koalition, die versucht den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und damit die Zukunft dieses Landes aufs Spiel setzt.

Als Bündnisgrüne haben wir in den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen Einsparmöglichkeiten von weit über 400 Mio € aufgezeigt, die ohne Probleme im Haushaltsvollzug hätten erbracht werden können. An vielen Stellen haben wir uns dabei mit der CDU getroffen, die aus einer anderen Richtung kommend Sparpotentiale in ähnlicher Größenordnung errechnet hat. Zugleich haben wir erste Ansätze aufgezeigt, wie die Verbesserung der Bildungssituation in den brandenburger Schulen finanziert werden kann.

Aber egal ob Einsparungen bei den Energiekosten der Landesliegenschaften oder der Verzicht auf das nächste sich abzeichnende brandenburger Millionengrab, dem neuen Messegelände der ILA. Sie haben mit den fadenscheinigsten Gründen unterschiedslos alles abgelehnt.

In den nun folgenden Beratungen zu den Einzelplänen werden wir unsere Kritik in diesem Kreis erneuern und Ihnen Alternativen vorschlagen. Es ist kein Zeichen von Schwäche, wenn Sie die Angebote der Opposition annehmen. Seien Sie stark, nutzen Sie die Chancen, die wir Ihnen in den nächsten Tagen bieten.